

BürgerInnen, die in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen tätig sein können. Ein Verband kann nur den Rahmen zur Verfügung stellen, anregen und Ideen geben. Bewegen müssen wir uns alle schon selbst. Nur durch solche Mühe wird eine zivile Gesellschaft und eine kulturelle Demokratie möglich.

Das Thema »25 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft« ist vor allem ein »Blick zurück« mit Themen, die uns wichtig sind und unser Selbstverständnis

geprägt haben. Die Lektüre dieser Beiträge zeigt mir, wie wichtig es war, diese kulturellen Felder beackert zu haben, und wie zukunftsfähig sie heute noch sind. Wie vieles ist daraus entstanden, auf das wir heute zurückgreifen können, was das »Bürgerrecht Kultur« (Hermann Glaser) als konkrete Utopie tatsächlich aufscheinen lässt. Für die Kulturpolitik der Zukunft sind die damit verbundenen Grundsätze der Chancengleichheit, die Toleranz, der Ausdrucksfreiheit und der kulturellen Vielfalt unentbehrlich –, und für die Kulturpolitische Gesellschaft allemal.

## Zum Geleit: Eine Bürgerinitiative für Kulturpolitik

von Julian Nida-Rümelin

Die Neue Kulturpolitik war ein erfolgreiches Projekt; sie hat die Kulturlandschaft in Deutschland verändert. Die kulturelle Partizipation konnte in einem Ausmaß gesteigert werden, wie es die Protagonisten dieses Reformprojektes selbst wohl nicht für möglich gehalten haben. Dass damit auch sie Erfolg in der Sache hatten, ist nicht zuletzt jener Vereinigung zu verdanken, die in Kürze ihr 25. Jubiläum feiert – die *Kulturpolitische Gesellschaft*. Wie kaum eine andere gesellschaftliche Organisation hat sich dieser Verband zur Aufgabe gemacht, Kulturpolitik kritisch zu begleiten und neu zu begründen.

Als Olaf Schwencke die *Kulturpolitische Gesellschaft* vor 25 Jahren gründete, geschah dies in explizitem Bezug auf Willy Brandt's Diktum »Wir wollen mehr Demokratie wagen« und an seine Aufforderung an die Bürger, an der Reform von Staat und Gesellschaft mit zu wirken. Die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler beim Wort genommen und bürgerschaftliche Mitverantwortung für Kulturpolitik aktiviert. Mit aktuell ca. 1400

Mitgliedern aus allen Bereichen des kulturellen Lebens und von allen Ebenen kulturpolitischer Verantwortung bildet diese Gesellschaft ein unverzichtbares Netzwerk, in dem das Interesse an Kulturpolitik über Parteien, Sparten und Berufsfelder hinweg wachgehalten und so etwas wie ein normativer Grundkonsens ausgebildet wird.

In ihren Selbstbeschreibungen stellt sich die *Kulturpolitische Gesellschaft* als Forum für Kulturpolitik vor, in dem öffentliche Debatten stattfinden. Sie ist m.E. viel mehr, weil sie dem öffentlichen Diskurs nicht nur Raum gibt, sondern ihn auch anregt und inhaltlich bereichert. Dadurch wird eine informierte und um begründete Urteile bemühte Kulturpolitik erst ermöglicht. Sie ist so etwas wie eine »dritte Ebene«, auf der persönliche und strategische Partialinteressen eine untergeordnete Rolle spielen, und auf der sich Wissenschaftler, Politiker, Künstler, Verwaltungsbeamte in ihrer Rolle als Bürger begegnen, denen das Gemeinwohl am Herzen liegt. Dabei stehen dann – so ist zu hoffen – rationale

Argumente im Vordergrund, die Kulturpolitik insgesamt als öffentliches Politikfeld stark machen sollen. Wir brauchen solche »Bürgerinitiativen« in der zivilen Kulturgesellschaft als Partner des aktivierenden Staates, als Mittler gesellschaftlicher Interessen und als Impulsgeber für neue Entwicklungen.

Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die *Kulturpolitische Gesellschaft* seit einigen Jahre darum bemüht ist, die kulturelle Leitidee ihrer Programmatik neu zu akzentuieren. So heißt es in dem Ende 1998 verabschiedeten Programm: »Im Mittelpunkt von Kulturpolitik steht die Förderung von Kunst.« Und mit dem ersten kulturpolitischen Bundeskongress »Kunst – Macht – Kulturpolitik« am 07./08. Juni 2001 in Berlin soll der Dialog zwischen Kulturpolitik und den Künsten wieder intensiviert werden. Ich finde diese Neuausrichtung richtig. Es geht jetzt in der Tat darum, eine neue Phase der Kulturpolitik einzuleiten, die sich an der Veränderung der kulturellen Prägung der Lebenswelt orientiert und dabei die kulturelle Praxis, die Kunst und die ästhetische Erfahrung in ihrem Eigenwert aner-

kennt. Es ist gut zu wissen, bei diesem Projekt die *Kulturpolitische Gesellschaft* auf der eigenen Seite zu wissen.

Seit Anfang 2000 wird das *Institut für Kulturpolitik* der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Wege der Projektförderung aus Mitteln meines Hauses unterstützt, um u.a. ein »Jahrbuch für Kulturpolitik« herauszugeben und alle zwei Jahre einen Bundeskongress zur Kulturpolitik zu organisieren. Das erste Jahrbuch konnte ich Ende April gemeinsam mit dem Präsidenten Oliver Scheytt in Berlin der Öffentlichkeit vorstellen. Es ist ein gelungenes Werk und ein wichtiges Instrument für die wissenschaftlichen Fundierung der Kulturpolitik in Deutschland. Der Bundeskongress »Kunst – Macht – Kulturpolitik«, der zeitgleich mit dem 25. Jubiläum der *Kulturpolitischen Gesellschaft* stattfindet, ist – wie ich höre – schon seit Wochen ausgebucht. Ich sehe darin nicht nur ein Indiz für die Leistungsfähigkeit des Instituts, sondern auch für die gesellschaftliche Anerkennung und Akzeptanz, die die *Kulturpolitische Gesellschaft* mittlerweile genießt.



Staatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien